



LANDESPFLEGEKAMMER RHEINLAND-PFALZ (KdöR)
Große Bleiche 14-16, 55116 Mainz

Christdemokratische Union Deutschlands
Frau Vorsitzende
Dr. Angela Merkel
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Dr. rer. cur. Markus Mai
Präsident
Krankenpfleger |
Pflegerwissenschaftler

Mainz, 31. August 2017

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

der Bundestagswahlkampf ist in vollem Gange. Leider findet das aktuelle und vor allem künftige „Megathema Pflege“ dabei nicht statt. Etwa 3 Millionen Pflegeempfängerinnen und –empfänger gibt es in Deutschland, die von fast 1,5 Millionen Pflegenden versorgt werden. Die aktuellen, und schlimmer noch prognostizierten, Rahmenbedingungen, unter denen die Pflegenden tätig sind, gefährden eine qualitativ hochwertige Versorgung der Bevölkerung. Dieser Befund ist zwar nicht neu, aber er wurde von Seiten der politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf allen Ebenen viel zu lange ignoriert. Die stiefmütterliche Behandlung des Themas Pflege, in allen Facetten, muss mit dem Beginn der neuen Legislaturperiode des Deutschen Bundestags ein Ende finden. Die anhaltend schlechten Rahmenbedingungen, unter denen Pflege viel zu häufig stattfindet, ist auch Ausdruck eines langjährigen Desinteresses über alle Parteigrenzen hinweg.

Die professionell Pflegenden bilden die größte Berufsgruppe im Gesundheitswesen und sind somit eine der tragenden Säulen der Gesundheitsversorgung in Deutschland. Darüber hinaus ist es die Personengruppe mit dem intensivsten Kontakt zu Patientinnen und Patienten und Pflegeempfängerinnen und –empfängern. Die gesamtgesellschaftliche Bedeutung der Kolleginnen und Kollegen könnte damit nicht größer sein. Eine in die Zukunft gerichtete Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung bedeutet aus Sicht der Pflegekammer daher, den Pflegenden mehr Verantwortung, Ressourcen und Gestaltungsmöglichkeiten zu gewähren. Aus den Sonntagsreden müssen endlich substantielle Taten zur Verbesserung der Situation für Pflegende folgen.

Die fehlende Wertigkeit, die wir als Berufsgruppe im bundespolitischen Prozess immer wieder erfahren, verdeutlicht sich anhand zweier Beispiele aus der noch laufenden Legislaturperiode. Zum einen hat das unwürdige Geschacher rund um das neue Pflegeberufereformgesetz, bei dem arbeitgeberorientierte Interessen eine generalistische Pflegeausbildung und damit eine sinnvolle wie notwendige Weiterentwicklung des Berufsbildes verhindert. Zum anderen haben die Abgeordneten mit ihrer Entscheidung zur Auflösung der Zweckgebundenheit der Mittel des Pflegezuschlags ab 2019 der qualitativen pflegerischen Versorgung einen Bärendienst erwiesen. Warum kam es zu diesen bewussten Entscheidungen gegen die Pflegenden?

Auch diese Legislaturperiode hat belegt, dass wir Pflegende eine stärkere Lobby brauchen, um Gehör zu finden

1



und unsere Interessen effektiv vertreten zu können. Deshalb werden mit der Gründung der Bundespflegekammer die Weichen für eine bundesweite Interessenvertretung aller Pflegefachpersonen in Deutschland gestellt.

An Sie, stellvertretend für Ihre Partei, appelliere ich, die Herausforderungen, vor denen die Pflege steht, endlich ernst zu nehmen und verantwortlich zu handeln. Die pflegerische Versorgung muss in den Fokus der Politik rücken und die Situation der professionell Pflegenden signifikant verbessert werden. Unsere konkreten Forderungen für den Beginn der neuen Legislaturperiode können Sie unserem beigefügten Positionspapier entnehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Markus Mai
Präsident